

# Inhalt

Vorwort .....	V
Literatur .....	XV
<i>Einführung</i> .....	1
<b>Teil 1 Einordnung und Bereiche der kommunalen Wirtschaftsförderung</b> .....	5
<i>A. Kommunale Wirtschaftsförderung, allgemeine Wirtschaftspolitik, Raumordnungspolitik, sektorale Wirtschaftspolitik und <u>Regionalpolitik</u></i> .....	6
<i>B. Träger wirtschaftsfördernder und regionalpolitischer Maßnahmen</i> .....	8
I. Die Europäischen Gemeinschaften .....	8
II. Bund und Länder .....	9
III. Kommunen .....	10
<i>C. Stellung der Kommunen in der (regionalen) Wirtschaftsförderung</i> .....	11
I. Auswirkungen der staatlichen Förderung privater Initiativen .....	11
II. Adressateneigenschaft .....	12
III. Eigenschaft als Wirtschaftsförderer .....	12
<i>D. Ziele der kommunalen Wirtschaftsförderung</i> .....	13
I. Das Arbeitsplatzziel .....	13
II. Steuereinnahmen .....	14
III. Verbesserung der Wirtschaftsstruktur .....	14
IV. Zielkonflikte innerhalb einer Kommune .....	15
<i>E. Mittel der kommunalen Wirtschaftsförderung</i> .....	16
I. Indirekte kommunale Wirtschaftsförderung .....	17
II. Direkte kommunale Wirtschaftsförderung .....	18
<i>F. Zusammenfassende Umschreibung der kommunalen Wirtschaftsförderung</i> .....	21
I. Kommunale Wirtschaftsförderung i. w. S. ....	22
II. Kommunale Wirtschaftsförderung i. e. S. ....	22
III. Relevante Bereiche aus themenbezogener Sicht .....	22
<i>G. Problemstellungen</i> .....	24
I. Die <u>Regionalförderung</u> der Gemeinschaft .....	24
II. Das <u>Beihilfenaufsichtsrecht</u> der Gemeinschaft .....	24

<b>Teil 2 Die europäische Regionalförderung und die Stellung der Kommunen unter besonderer Berücksichtigung des europäischen Fonds für regionale Entwicklung</b> .....	27
<b>A. Grundlagen der Regionalförderung der EG</b> .....	28
I. Begriffsumschreibung der gemeinschaftlichen Regionalpolitik .....	28
II. Einordnung der Regionalförderung .....	28
III. Erfordernis und <u>Ziele</u> der Regionalförderung der EG .....	29
IV. Kompetenzgrundlagen der Gemeinschaft .....	32
1. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung .....	32
2. Art. 235 EWG-Vertrag .....	33
3. Art. 130 a ff. EWG-Vertrag .....	34
<b>B. Die kommunalen Gebietskörperschaften im Vertrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft</b> .....	35
I. Mitgliedschaft in der EG .....	35
II. Nichtberücksichtigung des inneren Staatsaufbaus .....	36
<b>C. Rechtsetzung in der Regionalförderung der EG</b> .....	37
I. Entscheidungsablauf auf Gemeinschaftsebene .....	38
II. Willensbildung in Deutschland .....	39
1. Bundesebene .....	39
2. Beeinflussung der Länderposition .....	41
III. Institutionen kommunaler Interessenvertretungen auf EG-Ebene .....	41
<b>D. Die <u>Strukturfonds</u></b> .....	44
I. <u>Entwicklung der Europäischen Regionalförderung bis 1988</u> .....	44
1. Die erste <u>EFRE-Verordnung</u> .....	45
2. Erster Schritt einer eigenständigen Gemeinschaftspolitik .....	46
3. Die Reform von 1984 .....	48
II. <u>ESF und EAGFL (und andere Finanzinstrumente der EG)</u> .....	49
1. Grundsätzliches .....	50
2. Regionalpolitische Zusammenhänge .....	50
III. Die Reform der Strukturfonds .....	52
IV. Reformgrundsätze .....	52
1. Konzentrationsmaxime .....	52
2. Partnerschaft .....	53
3. Kohärenz .....	54
4. Bessere Verwaltung .....	54
a) Programmansatz .....	54
b) Das Prinzip der Komplementarität .....	55
5. Vereinfachung, Begleitung, Flexibilität .....	55
V. Gegenstand und Formen der Interventionen .....	55
1. Finanzierungsgegenstände .....	55
a) Infrastrukturmaßnahmen .....	55
aa) <u>Infrastruktur, Regionalförderung und Kommunen</u> .....	56

bb) Infrastrukturmaßnahmen in den Zielgebieten .....	56
b) Weitere Finanzierungsgegenstände .....	58
c) Entwicklung des endogenen Potentials .....	59
2. Interventionsformen .....	59
a) Kofinanzierung operationeller Regionalprogramme .....	59
b) Kofinanzierung von Projekten .....	60
c) Globalzuschüsse .....	60
d) Weitere Interventionsformen .....	61
3. Zwischenfazit .....	61
VI. Regionalisierung, Subsidiarität und Regionalförderung .....	61
1. Regionalisierung im EG-Raum .....	62
a) Regionalisierung und Europäische Integration .....	62
b) Regionalisierung als nationale Aufgabe .....	63
c) Die Bundesländer als Regionen .....	64
2. Regionalisierung und Kommunen .....	64
3. Der Grundsatz der Subsidiarität .....	67
4. Die regionale und lokale Ebene in den Fondsvorschriften im allgemeinen .....	69
a) ökonomische Bezugsräume .....	69
b) Einbindung subnationaler Glieder .....	69
VII. Verfahrensablauf .....	70
1. Ermittlung der Interventionsgebiete .....	70
a) <u>Ziel 1-Gebiete</u> .....	71
b) <u>Ziel 2-Gebiete</u> .....	71
c) <u>Ziel 5 b-Gebiete</u> .....	72
d) <u>Stellung der Kommunen</u> .....	72
e) Einbindung der fünf neuen Bundesländer .....	73
aa) Gemeinschaftsrecht und die fünf neuen Bundesländer .....	74
bb) Fördergebietsauswahl .....	75
(1) Entscheidungspflicht der Kommission .....	75
(2) Auswahlmessen der Kommission .....	76
(3) Tatsächliche Vorgehensweise .....	78
2. Aufstellung von Entwicklungsplänen .....	78
a) Zuständigkeit und Beteiligte .....	79
b) Inhalt der Pläne .....	80
aa) Sozioökonomische Analyse, Problemfeststellung .....	80
bb) Entwicklungsstrategie .....	81
cc) Förderschwerpunkte .....	81
dd) Finanzierung .....	82
ee) Sonstiger Inhalt .....	82
c) Zwischenfazit .....	83
d) Plan für die fünf neuen Bundesländer .....	83
3. Die gemeinschaftlichen Förderkonzepte .....	84
a) Partnerschaftliche Ausarbeitung, Beschlußorgan .....	84
b) Inhalt .....	85
aa) Förderschwerpunkte .....	85
bb) Interventionsformen .....	85

cc) Finanzierungsplan .....	86
dd) Weiterer Inhalt .....	86
c) Genehmigungsfom, Adressat, Bindungswirkung .....	86
aa) Bindung des Mitgliedstaates .....	87
bb) Bindung der Kommission .....	87
cc) Änderung des GFK .....	88
d) Stellung der Kommunen .....	88
4. Antragstellung auf Beteiligung der Strukturfonds .....	89
a) Ausarbeitung der Anträge .....	89
b) Antragsteller .....	91
5. Entscheidung der Kommission .....	91
6. Durchführung der genehmigten Aktion, Rechtsbeziehungen .....	91
7. Zahlungen, Kontrolle, Begleitung, Publizität .....	92
8. Zusammenfassung .....	93
a) Aktiver Teil der gemeinschaftlichen Regionalförderung .....	93
b) Direkte Kontakte zur Kommission .....	94
<b>E. Die Europäische Investitionsbank</b> .....	95
I. Regionalpolitische Zielsetzung und Einbindung in die Regional- förderung .....	95
II. Kreditpolitik der EIB .....	96
1. Förderungswürdige Vorhaben .....	97
2. Vergabebeformen und -modalitäten .....	97
III. Stellung der Kommunen und Antragsverfahren .....	98
<b>F. Grenzen der kommunalen Wirtschaftsförderung durch die gemeinschaftliche Regionalförderung</b> .....	100
I. Ausrichtung der kommunalen Wirtschaftsförderung an den Zielvorga- ben der Gemeinschaft .....	100
II. Pflichten hinsichtlich gemeinschaftlich geförderter Aktionen .....	101
<b>G. Abschließendes Kurzfazit</b> .....	104
<b>Teil 3 Das europäische Beihilfenaufsichtsrecht</b> .....	105
<b>A. Beihilfevorschriften im Gemeinschaftsrecht und ihre Bedeutung aus kommunaler Sicht</b> .....	106
I. Beihilfen im <u>Kohle- und Stahlsektor</u> .....	106
II. Beihilfen im <u>Landwirtschaftssektor</u> .....	106
III. Beihilfen im Bereich der Verkehrspolitik .....	107
IV. Die allgemeine Beihilfenregelung der Art. 92 ff. EWG-Vertrag .....	107
<b>B. Spannungsverhältnis zur mitgliedstaatlichen <u>Regionalförderung</u></b> .....	109
I. Zielkonflikte .....	109
1. Ziele der Beihilfenaufsicht .....	109
2. <u>Ziele der Regionalförderung</u> .....	110
3. Zielkonflikte .....	110

II. Art. 92 ff. EWG-Vertrag als regionalpolitisches Instrument der EG . . . . .	110
III. Einflußnahme auf die Gemeinschaftsaufgabe des Art. 91 a GG . . . . .	112
IV. Stellung der Kommunen . . . . .	113
C. <i>Spannungsverhältnis zur kommunalen Wirtschaftsförderung</i> . . . . .	115
I. Zielkonflikte . . . . .	115
II. Kontrolle der Kommunen als regionalpolitisches Instrument . . . . .	115
III. Schutz der kommunalen Wirtschaftsförderung aus anderen Aspekten . . . . .	116
D. <i>Voraussetzungen des Verbots nach Art. 92 Abs. 1 EWG-Vertrag</i> . . . . .	118
I. Staatliche Beihilfen oder Beihilfen aus staatlichen Mitteln . . . . .	118
1. Der Begriff der Beihilfe . . . . .	118
2. Herkunft der Finanzierungsmittel . . . . .	119
3. Beihilfenverbot und <u>Regionalförderung</u> der Gemeinschaft . . . . .	120
II. Gewährung an bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige . . . . .	121
1. Örtlichkeit der kommunalen Wirtschaftsförderung . . . . .	121
a) Gewerbesteuerhebesätze . . . . .	122
b) Andere kommunale Maßnahmen der Wirtschaftsförderung . . . . .	123
2. Arten kommunaler Wirtschaftsförderung . . . . .	124
a) Indirekte kommunale Wirtschaftsförderung . . . . .	124
b) Direkte kommunale Wirtschaftsförderung . . . . .	124
3. Subventionen an öffentliche Unternehmen . . . . .	125
a) Begriff des öffentlichen Unternehmens . . . . .	125
b) Beihilfen i. S. d. Art. 92 Abs. 1 EWG-Vertrag . . . . .	126
c) Bedeutung für die Tätigkeit der kommunalen Daseinsvorsorge . . . . .	126
aa) Transparenzerfordernis . . . . .	126
bb) Beihilfenverbot . . . . .	127
III. Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung . . . . .	127
1. Begriffsbestimmungen . . . . .	127
2. Tatsächliche und potentielle Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung . . . . .	128
3. Das Erfordernis der Spürbarkeit . . . . .	128
4. Beurteilungskriterien . . . . .	129
a) Die Beihilfenintensität und das Beihilfenelement . . . . .	129
b) Wettbewerbssituation . . . . .	130
c) Die Kumulierung von Beihilfen . . . . .	131
5. Fazit . . . . .	132
E. <i>Fallkonstellationen</i> . . . . .	133
I. Infrastrukturmaßnahmen und indirekte kommunale Wirtschaftsförderung . . . . .	133
1. Indirekte Wirtschaftsförderungsmaßnahmen . . . . .	133
2. Das »Umschlagen« einer indirekten Maßnahme in eine verbotene Beihilfe . . . . .	133
II. Direkte kommunale Wirtschaftsförderung . . . . .	134

<i>F. Ausnahmen vom Beihilfenverbot</i> .....	136
I. Überblick .....	136
II. Beihilfen »zur Förderung der Entwicklung bestimmter Gebiete« .....	136
1. <u>Regionalbeihilfen</u> .....	136
2. <u>Positive Beeinflussung</u> .....	138
III. Art. 92 Abs. 3 lit. a EWG-Vertrag .....	138
IV. Art. 92 Abs. 3 lit. c EWG-Vertrag .....	140
V. Die Unterscheidung zwischen Einzelbeihilfen und Beihilfensystemen ...	142
VI. Fazit .....	142
<i>G. Kontrollverfahren</i> .....	144
I. Zuständiges Gemeinschaftsorgan .....	144
II. Präventives und repressives Verfahren .....	144
III. Ermessen .....	144
IV. Verfahrensablauf .....	145
1. Meldepflicht gem. Art. 93 Abs. 3 EWG-Vertrag .....	145
a) Umfang .....	145
aa) Grundsatz .....	145
bb) Nähere Betrachtung des Beihilfenbegriffs .....	146
cc) Kommunale Wirtschaftsförderung im Rahmen kumulativer Beihilfen .....	147
b) Verpflichteter .....	147
c) Inhalt .....	147
2. Vorprüfung gem. Art. 93 Abs. 3 Satz 2 EWG-Vertrag .....	148
a) Dauer .....	148
b) Ergebnis .....	148
c) Vereinfachtes Bearbeitungsverfahren .....	149
3. Anhörungsverfahren gem. Art. 93 Abs. 2 UAbs. 1 EWG-Vertrag ...	150
4. Entscheidung der Kommission .....	151
a) <u>Vereinbarkeit der Beihilfe</u> .....	151
b) <u>Unvereinbarkeit der Beihilfe</u> .....	151
c) <u>Adressat</u> .....	152
<i>H. Das Problem der unmittelbaren Anwendbarkeit</i> .....	153
I. Unmittelbare Anwendbarkeit des Beihilfenverbots und die kommunale Wirtschaftsförderung .....	153
II. Die Sperrwirkung des Art. 93 Abs. 3 Satz 3 EWG-Vertrag .....	153
<b>Teil 4 Durchsetzung der Pflichten und Grenzen sowie Rechtsschutz</b> .....	157
<i>A. Durchsetzung der Grenzen und Rechtsschutz im allgemeinen</i> .....	158
<i>B. Rechtsschutz im Beihilfenaufsichtsrecht durch die Nichtigkeitsklage gem. Art. 173 EWG-Vertrag</i> .....	160
I. Untersagung staatlicher Beihilfensysteme und Einzelbeihilfen .....	160
1. Klagerecht des Bundes gem. Art. 173 Abs. 1 EWG-Vertrag .....	160

2. Klagerecht der Kommunen .....	160
II. Untersagung kommunaler Wirtschaftsförderungsmaßnahmen .....	161
III. Untersagung kumulierter Beihilfen .....	162
IV. »Konkurrentenklage« einer Kommune .....	162
1. Anfechtbarkeit .....	162
2. Klageberechtigung .....	163
V. Klagefrist .....	163
C. <i>Rechtsschutz im Rahmen der gemeinschaftsrechtlichen Regionalförderung</i> .....	165
I. Rechtsschutz vor dem EuGH .....	165
1. Nichtigkeitsklage des Mitgliedstaates gem. Art. 173 Abs. 1 EWG-Vertrag .....	165
2. Nichtigkeitsklage einer Kommune bei Ablehnung eines Förder- antrages .....	165
II. Rechtsschutz vor nationalen Gerichten .....	166
D. <i>Das Vertragsverletzungsverfahren</i> .....	167
I. Zwei Formen .....	167
II. Urteilsspruch .....	168
III. Rechtswirkung eines feststellenden Urteils für die Kommune .....	168
1. Auswirkungen bei staatlicher Regionalförderung .....	169
2. Auswirkungen auf die kommunale Wirtschaftsförderung .....	169
<i>Thesen</i> .....	171
I. Europäische Regionalförderung und die Stellung der Kommunen .....	171
II. Kommunale Wirtschaftsförderung und Art. 92 ff. EWG-Vertrag .....	172
III. Durchsetzung der Grenzen, Rechtsschutz .....	173